



PUCHHEIM

Permanente Demokratie

Wie Kurt Eisner vor 100 Jahren den Freistaat Bayern ausrief

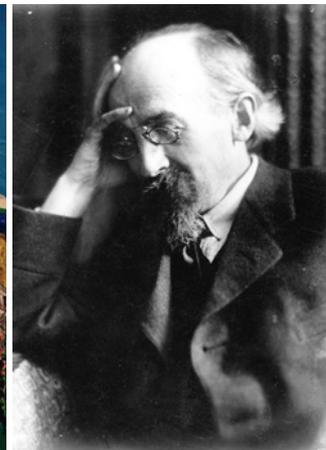
Das Ende der Monarchie – Lebenswelten in Puchheim



Kriegsgefangene im Lager Puchheim



Eisner mit Rautenbanner



Kurt Eisner 1917/18



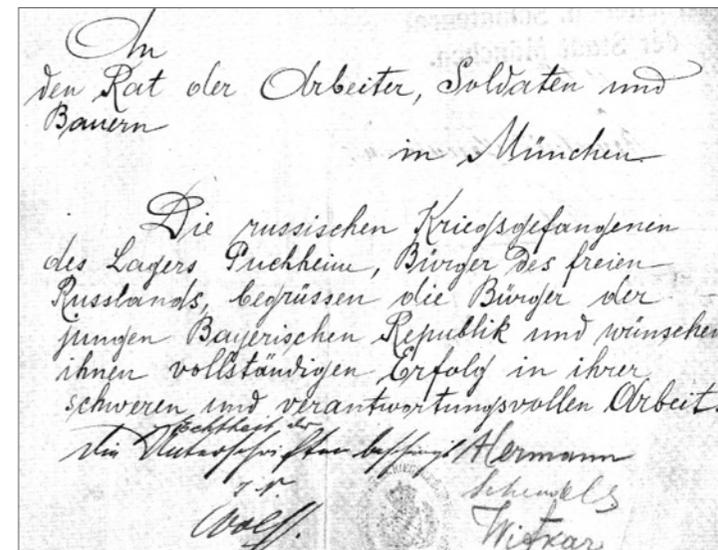
Guido Zingerl: Eisner und der schwarze Block, 2017.

Acryl, Blattgold und Blattsilber auf Holzspanplatte,
100 x 100 Zentimeter.

Bildersammlung der Stadt Puchheim

Kunst, Geschichte und Lokales

Eine Verbindung zwischen Kunst und Geschichte zu schaffen, war der Anlass für die Ausstellung „Permanente Demokratie“ im Puchheimer Kulturzentrum PUC und für die vorliegende Broschüre. Ein expressives Gemälde „Kurt Eisner und der schwarze Block“, das die Stadt Puchheim 2018 angekauft hat, schildert Wirken, Tragik und Tod Kurt Eisners und steht im Mittelpunkt einer Gedenkausstellung. Das Bild spiegelt die verschiedenen Ebenen der damaligen Ereignisse wider. Vor allem drei zentrale Geschehnisse in der bayerischen Geschichte sind in dem quadratischen Tafelbild dargestellt: Die revolutionären Umwälzungen in Bayern nach dem Ersten Weltkrieg, das blutige Ende der Regierung Eisners, die nur hundert Tage währte und der reaktionäre „schwarze Block“, der durch eine nach der gescheiterten Novemberrevolution geschürten antikommunistischen und antisemitischen Stimmung den Weg in den Nationalsozialismus bereitete. Die Darstellung Eisners mit seinen feinen Gesichtszügen hebt sich deutlich von den groben Gesichtern derjenigen ab, die ihn auf dem Gewissen haben und in der Masse ihrer Anhänger verschwinden. Links unten im Bild sehen wir den in Gold gewandeten König Ludwig III. der sich bereits im Absturz befindet. Kurt Eisner erklärte ihn in der Nacht zum 8. November 1918 für entthront: „Die Dynastie Wittelsbach ist abgesetzt! Bayern ist fortan ein Freistaat.“ Neben dem ersten bayerischen Ministerpräsidenten soll im 100. Jubiläumsjahr auch an die Entstehung und Entwicklung des Freistaates erinnert werden. Der Bogen zur Puchheimer Lokalgeschichte wird mittels zweier Grafiken, die ebenfalls von Guido Zingerl stammen, geschlagen. Das Kriegsgefangenenlager Puchheim, welches die Gemeinde schnell zu einer der



Eine Gruppe russischer Kriegsgefangener beglückwünschte den Rat der Arbeiter, Soldaten und Bauern nach der Proklamation des Freistaats Bayern im November 1918,

Foto: Stadtarchiv Puchheim

größten Attraktionen in Bayern machte und ganze Heerscharen von Gaffern anlockte, wird unter dem Titel „Wie 1917 16.141 kriegsgefangene Ausländer im Lager Puchheim die Attraktion des Tierparks übertreffen“ kritisch dargestellt. In der zweiten Grafik mit dem Titel „Wie 1919 die weißen Truppen 53 wehrlose russische Kriegsgefangene aus dem Lager Puchheim misshandeln und am 2. Mai grundlos erschießen“ wird die rechtlose Erschießung russischer Kriegsgefangener, die aus dem Lager in Puchheim stammten, lange nach dem Ende des Ersten Weltkrieges, ebenfalls kritisch thematisiert. Beide Ereignisse sind in eine Schilderung der Puchheimer Lebenswelten, die um 1918 in der kleinen beschaulichen Gemeinde herrschten, eingebettet (vgl. S. 18 ff.). Von den großen revolutionären Ereignissen, dem Umsturz, dem Ende der Monarchie, spürte man hier zunächst nicht viel, aber auch diese wirkten sich in Puchheim deutlich aus, und sei es nur dargestellt in einzelnen Begebenheiten. Folgen Sie uns auf eine Zeitreise in die Jahre um 1918 ...

KURT EISNER – HERKUNFT UND WERDEGANG

Kaum war er als erster bayerischer Ministerpräsident im Amt, haben nationalistische und antisemitische Reaktionäre Kurt Eisners Herkunft „in denunziatorischer Absicht“ verfälscht. Nach der Devise, irgendwas werde schon hängenbleiben, brachten sie dreist und verlogen die Mär in Umlauf, Eisner sei ein Ostjude aus Galizien und habe in Wirklichkeit Kurt Kosmanowsky geheißten (so etwa in der nationalsozialistischen Hetzschrift „Rotmord über München“, Berlin o.J.). In Wahrheit kamen Eisners Vorfahren aus Böhmen und Mähren. Wie der Eisner-Biograf Bernhard Grau (alle im Folgenden als Zitat gekennzeichneten Textstellen stammen aus: Bernhard Grau: Kurt Eisner 1867 – 1919. Eine Biographie. München 2001) eruiert hat, betrieb Eisners Vater Emanuel eine Militär-Effekten-Fabrik mit Niederlassungen in Berlin und Danzig und war Hoflieferant des Königs von Preußen und des Kaisers von Russland. Aus Emanuel Eisners zweiter Ehe mit der Königsberger Kaufmannstochter Hedwig Levenstein ging Kurt Eisner, geboren am 14. Mai 1867, als zweites von vier Kindern hervor. Kindheit und Jugend verlebte er in gut bürgerlichen Verhältnissen. Seine Eltern waren „wohl eher dem liberalen als dem orthodoxen Judentum“ zugewandt. So wurde Kurt Eisner nicht in eine jüdische Schule, sondern auf eine allgemeine Schule in Berlin geschickt, wurde dort vom eher „wissenschaftlich-rationalistischen Geist der Epoche“ geprägt und scheint „den Bezug zur Religion ganz allmählich verloren zu haben“.

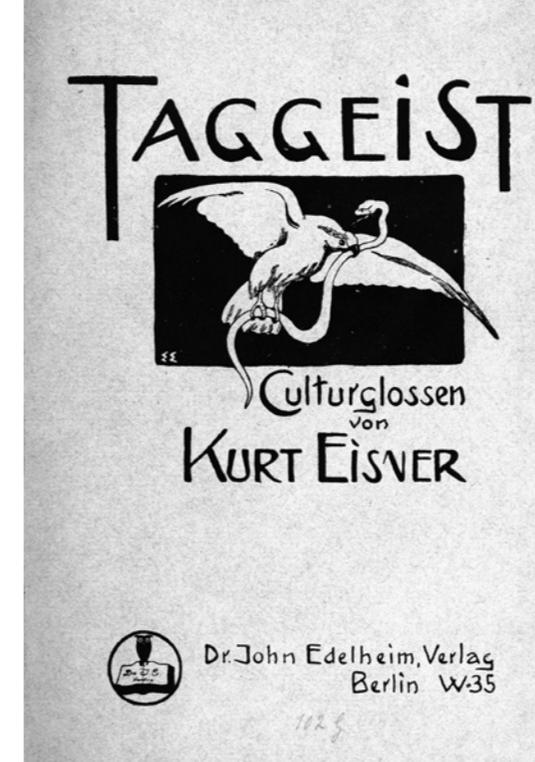
Geistige Prägung durch Kants Philosophie

Nach dem Abitur 1896 studiert Kurt Eisner Philosophie und Germanistik an der Universität Berlin. Dort bekommt er, obwohl ihm an seiner jüdischen Identität nichts mehr gelegen war, persönlich zu spüren, wie der von Heinrich von Treitschke gelehrte, nationalistisch getönte Antisemitismus zunehmend an Boden gewinnt. Dennoch verhält

sich Eisner weiterhin eher als assimiliertes Mitglied seiner liberal-bürgerlichen, protestantisch geprägten Umgebung. Er pflegt – selbst später als Revolutionär noch – die „bürgerlichen Primärtugenden wie Fleiß, Arbeitsethos und Vaterlandsliebe“. Zeitlebens nicht preisgegeben hat Eisner indessen seine besondere Wertschätzung von Schule und Erziehung, Wissenschaft und Literatur. Weil ihm die Kulturkritik weit mehr am Herzen liegt als die Analyse der politischen Ökonomie, gerät er in Frontstellung gegen die zunehmenden irrationalen und inhumanen Strömungen der Zeit, sowohl von links als auch von rechts. In den Jahren um 1890 befasst Eisner sich mit Grundfragen der Philosophie. In seiner ersten Buchveröffentlichung 1892 wendet er sich entschieden gegen das von Nietzsche gezeichnete, vom Darwinismus geprägte Menschenbild. Über den philosophischen Idealismus Immanuel Kants, der das Bild vom eigenverantwortlich und vernünftig denkenden und handelnden Individuum entworfen hat, findet Eisner zu seiner eigenen Position. Er hält daran fest, dass die Welt veränderbar und der Mensch zu selbstbestimmtem Handeln fähig sei.

„Ethik der Tat“

Seine Hochschullaufbahn hat Eisner mittlerweile abgebrochen und 1892 Elisabeth Hendrich geheiratet. Die sozialen Verhältnisse im Lande bewegen ihn dazu, seine „Ethik der Tat“ praktisch umzusetzen. Mehr als die Politik wird der Journalismus bis in den Ersten Weltkrieg hinein sein Hauptbetätigungsfeld. Mit seiner Pressearbeit verknüpft er jedoch den Anspruch, seine kultur- und sozialpolitischen Reformvorstellungen voranzutreiben. Erste berufliche Erfahrungen mit dem Medium Tageszeitung sammelt er bei der „Frankfurter Zeitung“ (1892–93) und beim „General-Anzeiger für Marburg und Umgegend“ (1893–98). Die facettenreiche politische Berichterstat-



Kurt Eisner als Schriftsteller: hier seine Publikation „Taggeist-Culturglossen von Kurt Eisner“, 1901 in Berlin erschienen.

Foto: Bayerische Staatsbibliothek-Bildarchiv (BSB)

ung trägt dazu bei, dass Eisner vom Linksliberalen zum Sozialisten heranreift. In seiner Marburger Zeit bietet ihm die Begegnung mit dem neukantianischen Philosophen Hermann Cohen die Gelegenheit, seine früh an Kant orientierte Denkweise und Weltsicht zu profilieren. Seine Auseinandersetzung mit Kants Erkenntnistheorien und dem Marburger Neukantianismus fasst Eisner in seiner Aufsatzsammlung „Taggeist“ zusammen, die 1901 in Berlin gedruckt wird. Mit wachsender Sensibilisierung für die soziale Frage fühlt Eisner sich zur Sozialdemokratie hingezogen; den marxistischen Klassenkampf lehnt er ab. Eine Glosse in der Berliner Zeitschrift „Kritik“, die das inhaltslose Gerede des deutschen Kaisers Wilhelm II. karikiert, trägt Eisner 1897 neun Monate Haft wegen Majestätsbeleidigung ein.

Redakteur beim SPD-Organ „Vorwärts“

Eisners Beitritt zur Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1898 bleibt von Anfang an innerparteilich umstritten. Eisner vertritt nach wie vor die neukantianische Position, dass die philosophische Vernunft als kritische Instanz für die Wirklichkeit von Staat und Gesellschaft gelte. Der real existierende Parteisozialismus hingegen hängt der materialistischen Auffassung an, wonach Sein und Wollen aus dem Verlauf und den Gesetzen der Geschichte abzuleiten seien. Nicht Eisners Gesinnung, sondern sein Ruf als ausgezeichnete Journalist gibt den Ausschlag, dass er Ende 1898 politischer Redakteur beim sozialdemokratischen Parteiblatt „Vorwärts“ wird. „Das ist eine scharfe Klinge, die wir da gewonnen haben“, freut sich Wilhelm Liebknecht, der Chef des Zentralorgans der SPD, über Eisners erfolgreiche Anwerbung. Nach Liebknechts Tod im Jahr 1900 geht die Schriftleitung des Blattes in ein Redaktionskollektiv über, in dem Eisner eine Art „primus inter pares“ darstellt. Mit seinen außergewöhnlichen journalistischen Fähigkeiten kann er prägenden Einfluss auf die Gestaltung und die politische Haltung des Blattes ausüben. Das ruft aber auch Kritiker aus den eigenen Reihen auf den Plan, die Eisner und seinen Mitstreitern vorwerfen, „eine eigene, marxistischen Ansprüchen nicht genügende Strategie“ zu propagieren. Eisner gerät in den Strudel innerparteilicher Richtungskämpfe; das ihm dabei aufgeprägte Image des „Revisionisten“ wird er fortan nicht mehr los. In Wahrheit passt Kurt Eisner in keine Schublade: „Eisners Ideal war ein klassenunspezifischer, demokratischer Sozialismus, der jedem Staatsangehörigen die gleichen Chancen auf Partizipation und Entwicklung einräumte.“ Die Realisierung sozialistischer Forderungen setzt nach Eisners Theorie einen qualitativen Sprung voraus – also „die radikale Beseitigung der herrschenden sozialen, ökonomischen und verfassungsrechtlichen Strukturen“. Eisners spezifisches, neukantianisch geprägtes Sozialis-

musverständnis führt 1905 zu einem Konflikt zwischen ihm als „Vorwärts“-Redakteur und dem Parteivorstand. Der von führenden Parteiinstanzen neuerlich zum Revisionisten gestempelte Eisner unterliegt und kündigt seine Mitarbeit in der Redaktion auf. Die Parteiführung reagiert beleidigt und empört.

„Schöngest und Phantast“

In den Jahren bis zum Ersten Weltkrieg denkt Eisner weder daran, außerhalb der Partei eine neue Wirkungsstätte zu suchen noch Abstriche von seinen weltanschaulichen und politisch-sozialen Vorstellungen zu machen. In dieser Zeit festigt sich das Bild, das ihn gerade auch in der Sozialdemokratie „als schöngestigen Literaten, als Schwärmer und weltfremden Phantasten“ zeichnet. Nunmehr im Umfeld der bayerischen SPD aktiv, entwickelt Eisner seinen dialektischen Standpunkt fort, „Reform und Revolution miteinander in einen logischen, auch im politischen Tagesgeschäft handhabbaren Zusammenhang zu bringen“. Er hält sich finanziell als freier Parteischriftsteller und Journalist über Wasser, ehe er 1907 in Nürnberg die Redaktionsleitung der sozialdemokratischen Tageszeitung „Fränkische Tagespost“ übernimmt. Sie bietet ihm das Forum, auch als Parteipolitiker wieder stärker auf sich aufmerksam zu machen. Wiederum ereilt ihn bald der Vorwurf, Politik zum Feuilleton zu machen und nicht radikal genug eingestellt zu sein. Mit seiner Entlassung in der Tasche und dem Bruch seiner Ehe mit Lisbeth endet Eisners Nürnberger Zeit. Als freier Mitarbeiter der sozialdemokratischen Zeitung „Münchner Post“ und Autor diverser Parteipublikationen siedelt er 1910 nach München über und lebt dort mit Else Belli, Tochter des „roten Feldpostmeisters“ Joseph Belli, zusammen. Mit ihr hat er zwei Kinder und heiratet sie 1917. Eine weitere Einnahmequelle sichert ihm die Herausgabe des wöchentlich erscheinenden Blattes „Arbeiter-Feuilleton“ (1910 – 1916).

Erste rhetorische Erfahrungen

München ist Sitz der Bayerischen Staatsregierung und des Bayerischen Landtags. Die „Münchner Post“ erscheint als Sprachrohr des bayerischen SPD-Vorstands und gilt als wichtigstes Verlautbarungsorgan des süddeutschen Reformismus. Eisner bereichert das Blatt als Berichterstatter sowohl für den politischen Teil als auch für die Kulturseiten. Obwohl er beruflich auf der Stelle tritt und in seiner Partei als Außenseiter behandelt wird, fühlt er sich wohl in München und findet insbesondere am kulturellen Leben Gefallen. Geblieben ist seine „Abneigung gegen alles, was Parteivorstand hieß und der Berliner Funktionärskaste angehörte“. Dass er dennoch ins politische Rampenlicht drängt und um ein Mandat ringt, führt er nach eigener Darstellung auf die drohende Kriegsgefahr zurück. Nach anfänglicher Überwindung beginnt er, sich als Versammlungsdredner zu profilieren. Er sammelt erste rhetorische Erfahrungen, in denen seine Überzeugungskraft als Streikführer und Revolutionär 1918 wurzelt. Er entwickelt ein eigenes Bildungskonzept, indem er Kants Postulat vom „Ausgang des Menschen aus seiner selbst verschuldeten Unmündigkeit“ von einer bürgerlichen Bildungselite auf die breite Bevölkerung zu übertragen versucht.

Hinwendung zur Außenpolitik

Es folgt Kurt Eisners Hinwendung zur Außenpolitik, die er in der Partei vernachlässigt sieht. Das nähere Befassen mit der Materie führt ihn zur „Hochschätzung der französischen Demokratie und der französischen Arbeiterbewegung“, weil nach seiner Ansicht darin die Bewahrung von Frieden und Recht gesichert ist. Fehlende parlamentarische Kontrolle in Deutschland, Unverantwortlichkeit der führenden Staatsmänner sowie die daraus erwachsene Geheimdiplomatie benennt Eisner als hauptursächlich, dass das deutsche Volk gegen seinen Willen an den Rand eines Weltkriegs getrieben wird. „Der Einsatz für den Frieden und die Kultur Europas war für Eisner fort-

an gleichbedeutend mit dem Kampf um demokratische Mitbestimmungsrechte.“ 1912, unter dem Eindruck des Balkankrieges, ändert Eisner seine Einstellung zur deutschen Außenpolitik. Die Kriegsdrohung durch das zaristische Russland bewertet er nunmehr so schwerwiegend, dass er sogar seine Bereitschaft erklärt, „im Fall eines Krieges mit Rußland selber mitzugehen [wenn auch nur als Berichterstatter]“. Mit der außenpolitischen Position der bayerischen Parteiführung liegt Eisner zu diesem Zeitpunkt auf einer Linie. Ihre Russlandfeindschaft bringt die SPD dazu, dass ihre Reichstagsfraktion in den letzten Jahren vor Kriegsende sich dem vaterländischen Denken des Bürgertums annähert und am 4. August 1914 die Aufnahme von Kriegskrediten einhellig befürwortet.

Wandel in der Frage der Kriegsschuld

Kurt Eisner sieht beim Ausbruch des Ersten Weltkriegs das Deutsche Reich eher in der Defensive gegenüber der aggressiven und kulturfeindlichen Expansionspolitik des russischen Zarismus, ändert aber seine anfängliche Einschätzung binnen kürzester Zeit ganz und gar. Er vertieft sich in die amtlichen Aktenveröffentlichungen, um der Frage nach dem Verursacher der Kriegskatastrophe auf den Grund zu gehen. Er findet bald heraus, dass der Zar vor Kriegsbeginn eine schiedsgerichtliche Lösung des österreichisch-serbischen Konflikts auf der Haager Konferenz vorgeschlagen hatte, was Deutschland jedoch ablehnte. Im Ergebnis wird Eisner klar, dass mithin nicht Russland, sondern das Deutsche Reich den Krieg begonnen hat. Im Gegensatz zu den orthodoxen Marxisten glaubt Eisner jedoch nicht daran, dass der Angriffskrieg dem kapitalistisch-imperialistischen System innewohnt. Als Kantianer geht er von der gestaltenden Kraft des Individuums aus und bezeichnet die führenden Protagonisten – also den deutschen Kaiser und die Kriegsbefürworter – als eigenverantwortlich für ihr Tun. Mit gebotener Vorsicht schreibt Eisner ab

1915 gegen die allgemeine Kriegsbegeisterung und die sich abzeichnende unmenschliche Kriegsführung an. Er findet damit selbst in seiner Partei wenig Zustimmung. Parteiführung und Reichstagsfraktion der Sozialdemokraten führen eine „Politik des Burgfriedens“ ein, unterstützen also die deutsche Kriegspolitik bedingungslos. Auch der bayerische Landesvorstand drängt Eisner von seinen Publikationsmöglichkeiten in der „Münchner Post“ und anderen Parteiorganen ab, um ihn mit seiner immer schärfer werdenden Kritik am Kriegszustand mundtot zu machen. Sein feuilletonistischer Artikeldienst, den diverse Zeitungen bislang abonniert haben, fällt in wachsendem Ausmaß dem Vertuschungssystem der Zensurbehörden zum Opfer.

Es keimt der Gedanke an Revolution

Dessen ungeachtet fasst Eisner im Oktober 1916 den „Entschluss, die Frage nach den Kriegsursachen zum Gegenstand einer öffentlichen Kontroverse zu machen“. Gleichzeitig keimt in ihm der Gedanke an die Revolution: „Ich will mir künftig, wenn die Zeit der Abrechnung gekommen ist, nicht vorwerfen lassen, daß ich früher nicht gesprochen hätte“, schreibt Eisner in einem Leserbrief an die in Chemnitz erscheinende „Volksstimme“, der mit einiger Verzögerung am 21. November 1916 veröffentlicht wird. Selbst den militärischen Überwachungsbehörden gegenüber macht Eisner keinen Hehl daraus, dass er über Ursachen und Folgen des Krieges „anders denke als die zivilen und militärischen Vertreter der herrschenden Klasse“. Parteiinterne Ausgrenzung und amtliche Zensur treiben den hauptberuflichen Journalisten Eisner auch finanziell in eine prekäre Lage. Er aktiviert infolgedessen seine agitatorischen und rhetorischen Fähigkeiten, um sich als Exponent der innerparteilichen Opposition auf anderen Wegen Gehör zu verschaffen. Eisner tritt nunmehr regelmäßig in neu begründeten Kristallisationspunkten

der Münchner Pazifistenszene auf. Bei den ab Dezember 1916 eingeführten Diskussionsabenden in der Gastwirtschaft „Zum Goldenen Anker“ erscheint er als Leiter und Stichwortgeber. Im Münchner Ortsverein der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD), der im Mai 1917 ins Vereinsregister eingetragen wird, gilt Eisner als führender Kopf und Aushängeschild. Zu den regelmäßigen Versammlungsteilnehmern zählen Eisners engste Vertraute wie Felix Fechenbach, Erich Mühsam, der spätere Sozialminister Johann Unterleitner, der Schriftsteller Ernst Toller, der Kommunist Johann Kain, der Anarchist Josef Sontheimer und der Freigeist Oskar Maria Graf. Die regelmäßigen Treffen in beiden Anti-Kriegs-Foren erreichen ihre höchste Breitenwirkung im Januar 1918, unmittelbar vor dem Streik der Rüstungsarbeiter. Dieser sowie auch die Novemberrevolution wären ohne die systemkritischen Diskussionsabende nicht denkbar gewesen.

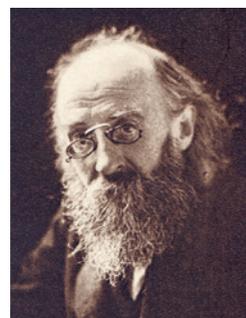
Die USPD als Sprachrohr der Unzufriedenen

Obwohl Eisner als Gründungsmitglied der bayerischen USPD weder den Vorsitz noch sonst ein Parteiamt einnimmt, bietet sie ihm neben den Diskussionsabenden die Möglichkeit, aus der politischen Isolation auszubrechen. Von der Mehrheitssozialdemokratie (MSPD) abgespalten, wird die USPD in München zum Sammelbecken und einzigem Sprachrohr der Unzufriedenen. Als Hauptredner ruft Eisner am 25. November 1917 in den Kolosseums-Bierhallen zum Sturz der bestehenden Regierung auf: „Wenn das geschehen ist, ist morgen der Frieden da.“ Er hat ein klares Ziel vor Augen und weiß auch den Weg dorthin: Die Monarchie muss einer demokratischen Grundordnung weichen, um eine Neuauflage des europäischen Völkerkrieges in Zukunft zu verhindern. Bewerbstelligem lässt sich dies über die Machtergreifung durch das Proletariat, durch die Revolution. Eisner lässt seinen Worten Taten folgen.

NOVEMBERREVOLUTION UND RÄTESYSTEM

Eine Vorstufe zur Novemberrevolution bildet der Januarstreik des Jahres 1918. Zu diesem Zeitpunkt legen Hunderttausende von Rüstungsarbeitern im Deutschen Reich die Arbeit nieder mit dem Ziel, für einen sofortigen Friedensschluss zu demonstrieren. In München gelingt es

Eisner als Streikführer nur schleppend, eine direkte organisatorische Führung mit den Arbeitervertretungen der Münchner Rüstungsbetriebe aufzubauen. Er erstreitet im Schlussteil einer Vortragsversammlung, zu der die MSPD am 28. Januar 1918 in die Schwabinger Brauerei eingeladen hat, das Rederecht, um den Widerstand der MSPD und der altgedienten Gewerkschaftsfunktionäre gegen einen Massenstreik zu überwinden. Mit weiteren Auftritten vor Belegschaften der Münchner Rüstungsindustrie führt er schließlich einen Stimmungswandel herbei, so dass es Ende Januar auch in München zu umfangreichen Arbeitsniederlegungen und Friedensdemonstrationen kommt. In der Nacht zum 1. Februar 1918 wird Kurt Eisner mit fünf anderen Mitstreitern von der USPD verhaftet und das Gefängnis geworfen. Dort lässt er aus Protest



Aus Protest gegen seine Haftstrafe ließ Kurt Eisner sich während seines Gefängnisaufenthalts bis Oktober 1918 in Stadelheim Haare und Bart lang wachsen.

Repro aus der NS-Hetzschrift „Rotmord über München“ (RM)



An der Bavaria und der Ruhmeshalle auf der Münchner Theresienwiese nahm am 7. November 1918 die Revolution und die Proklamation des Freistaates Bayern ihren Ausgang.

Foto: BSB-Bildarchiv

gegen das herrschende Regime die Haare und den Bart lang wachsen. In sein Gefängnistagebuch trägt er ein: „Hätte man mir noch zwei Tage Zeit gelassen, mit geistigen Waffen vor den Massen die Wahrheit zu erkämpfen, das ganze Proletariat wäre gewonnen worden.“

Aus der Haft in den Wahlkampf

Nach achteinhalb Monaten Untersuchungshaft in Neu-Deck und Stadelheim wird Eisner am 14. Oktober aus dem Gefängnis entlassen. Das Reichsgericht hat seinem Antrag stattgegeben, für die auf den 17. November 1918 anberaumte Reichstagsersatzwahl zu kandidieren. Diese ist erforderlich, weil der Mehrheitssozialdemokrat

Georg von Vollmar seine Mandate in Reichs- und Landtag aus gesundheitlichen Gründen aufgeben muss. Im Wahlkampf erweist sich der Vorsitzende der bayerischen MSPD Erhard Auer als Eisners erbittertester Gegenspieler. Er äußert sich antisemitisch über Eisner, dem er unterstellt, durch „jüdisches Geld“ von seinen Glaubensgenossen unterstützt zu werden. Auer lässt nichts unversucht, um eine Wiederholung des politischen Procederes wie beim Januarstreik zu vermeiden. Eisner und seine USPD halten mit Flugblättern und politischer Agitation bei allgemein zugänglichen Versammlungen dagegen. Eisner macht in seinen Wahlkampfauftritten deutlich, dass es das deutsche Kaiserreich abzulösen gelte durch



Handwritten note: *Kundgebung 8. Nov. 18.*



Handwritten note: *8. Nov. 1918
Wenn sich die Völker selbst befreien*

Oben: Jubelnde Soldaten am 8. November 1918 vor dem Hauptquartier des Arbeiter- und Soldatenrats im Mathäserbräu in München.

Foto: BSB-Bildarchiv

Unten: Auf einem offenen Lastwagen fahren Soldaten am 8. November 1918 in der Prannerstraße vor dem damaligen Landtagsgebäude vor. Die Postkarte trägt den handschriftlichen Vermerk: „Wenn sich Völker selbst befreien“.

Repro: BSB-Bildarchiv

eine noch zu schaffende demokratische Gesellschaftsordnung, und dass die Verantwortlichen für Krieg und Niederlage benannt und aus ihren Spitzenpositionen entfernt werden müssten. Antipreußisch gesinnt, wirbt Eisner dafür, dass Deutschland und Deutsch-Österreich sich zu einer sozialen Republik vereinigen.

Schon am 30. Oktober 1918 postuliert er in einer USPD-Versammlung im Löwenbräukeller „die Beseitigung des Kaisertums und aller Monarchien, auch der bayerischen“. Kaiser und Landesfürsten sind für ihn „die Symbole einer expansiven Außen- und einer undemokratischen Innenpolitik“. An einer Wiedervereinigung der beiden sozialdemokratischen Parteien, wie die MSPD sie anstrebt, ist Eisner wenig gelegen. Er bevorzugt stattdessen eine Annäherung an den radikalen Flügel der bayerischen Bauernbewegung, vertreten durch die Gebrüder Gandorfer, um sich deren Unterstützung bei der Vorbereitung der revolutionären Aktion zu versichern. Eisner bleibt felsenfest davon überzeugt, dass ein Umsturz zwingend erforderlich ist, obwohl Anfang November Waffenstillstandsverhandlungen mit den Alliierten und eine Regierungsneubildung unter dem bayerischen Ministerpräsidenten Otto von Dandl bereits anlaufen. Denn „mit dem Friedensschluss und einer vordergründigen Parlamentarisierung“ unter den Potentaten der alten Ordnung ist es für Eisner nicht getan. Tatsächlich schafft das kleine Häuflein um Eisner und seine Anhänger in der USPD erneut, gegen den Willen der MSPD eine Massenbasis für ihre revolutionären Absichten zu mobilisieren. Wie im Januarstreik gelingt es den Unabhängigen, dass sie zusammen mit der MSPD und den Gewerkschaften zu einer gemeinsamen, groß angelegten Friedenskundgebung aufrufen.

Die gewaltlose Novemberrevolution

Am 7. November 1918 ist es soweit – Ort der Handlung ist die Theresienwiese in München. Die bayerischen Mehrheitssozialdemokraten wännen sich in der Gewiss-



Freitag, 8. November 1918 Knorr & Hirth, München 71. Jahrgang Nr. 564

An die Bevölkerung Münchens!

Das furchtbare Schicksal, das über das deutsche Volk hereingebrochen, hat zu einer elementaren Bewegung der Münchener Arbeiter und Soldaten geführt. Ein provisorischer Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat hat sich in der Nacht zum 8. November im Landtag konstituiert.

Bayern ist fortan ein Freistaat.

Eine Volksregierung, die von dem Vertrauen der Massen getragen wird, soll unverzüglich eingesetzt werden.

Eine konstituierende Nationalversammlung, zu der alle mündigen Männer und Frauen das Wahlrecht haben, wird so schnell wie möglich einberufen werden.

Eine neue Zeit hebt an!

Bayern will Deutschland für den Völkerbund rüsten.

Die demokratische und soziale Republik Bayern hat die moralische Kraft, für Deutschland einen Frieden zu erwirken, der es vor dem Schlimmsten bewahrt. Die jetzige Umwälzung war notwendig, um im letzten Augenblick durch die Selbstregierung des Volkes die Entwicklung der Zustände ohne allzuschwere Erschütterung zu ermöglichen, bevor die feindlichen Heere die Grenzen überfluten oder nach dem Waffenstillstand die demobilisierten deutschen Truppen das Chaos herbeiführen.

Der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat wird strengste Ordnung sichern. Ausschreitungen werden rücksichtslos unterdrückt. Die Sicherheit der Person und des Eigentums wird verbürgt.

Die Soldaten in den Kasernen werden durch Soldatenräte sich selbst regieren und Disziplin aufrecht erhalten. Offiziere, die sich den Forderungen der veränderten Zeit nicht widersetzen, sollen unangefastet ihren Dienst versehen.

Wir rechnen auf die schaffende Mithilfe der gesamten Bevölkerung. Jeder Arbeiter an der neuen Freiheit ist willkommen! Alle Beamte bleiben in ihren Stellungen. Grundlegende soziale und politische Reformen werden unverzüglich ins Werk gesetzt.

Die Bauern verbürgen sich für die Versorgung der Städte mit Lebensmitteln. Der alte Gegensatz zwischen Land und Stadt wird verschwinden. Der Austausch der Lebensmittel wird rationell organisiert werden.

Arbeiter, Bürger Münchens! Vertraut dem Großen und Gewaltigen, das in diesen schicksalsschweren Tagen sich vorbereitet!

Helft alle mit, daß sich die unvermeidliche Umwandlung rasch, leicht und friedlich vollzieht.

In dieser Zeit des sinnlos wilden Mordens verabscheuen wir alles Blutvergießen. Jedes Menschenleben soll heilig sein.

Bewahrt die Ruhe und wirkt mit an dem Aufbau der neuen Welt!

Der Bruderkrieg der Sozialisten ist für Bayern beendet. Auf der revolutionären Grundlage, die jetzt gegeben ist, werden die Arbeitermassen zur Einheit zurückgeführt.

Es lebe die bayerische Republik!

Es lebe der Frieden!

Es lebe die schaffende Arbeit aller Werktätigen!

München, Landtag, in der Nacht zum 8. November 1918.

Der Rat der Arbeiter, Soldaten und Bauern:

Der erste Vorsitzende: Kurt Eisner.

Bekanntmachung. Zur Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit arbeitet von heute an das gesamte Polizei- und Sicherheitspersonal im Auftrag und unter Kontrolle des Arbeiter- und Soldatenrates. Den Anordnungen dieser Organe ist unbedingt Folge zu leisten.

Erklärung des Münchner Polizeipräsidenten.

Ich verpflichte mich, bei der Ausübung des Sicherheitsdienstes den Anordnungen des Arbeiter- und Soldatenrates München Folge zu leisten. Sofern ich dieser Verpflichtung nicht nachkommen kann, muß ich mir das Recht des Rücktrittes vorbehalten.

München, 8. November 1918, morgens 1 Uhr.

R. Polizeipräsident: gen. v. D e d l.

„Bayern ist fortan ein Freistaat.“ So lautet die Kernbotschaft einer Proklamation an die Bevölkerung Münchens, die der „Rat der Arbeiter, Soldaten und Bauern“ unter dem Vorsitz Kurt Eisners in der Nacht zum 8. November 1918 verlautbart.

Foto: BSB-Bildarchiv

heit, nicht ein zweites Mal von Eisner düpiert zu werden und die versammelten Arbeiterbataillone sicher im Griff zu haben. Vor geschätzten 50.000 Teilnehmern spricht Erhard Auer von der Treppe vor der Bavaria herab zu den Massen. Anschließend formieren sich die Teilnehmer programmgemäß zur großen Friedensdemonstration zum Friedensengel. Ganz am Rande des Geschehens halten die Anführer der Unabhängigen ihre Kundgebung ab. Um den Redner Eisner scharen sich etwa 1.000 Soldaten, darunter auch „die ungewohnten Uniformen von Matrosen“. Unmittelbar nach der USPD-Kundgebung marschieren deren Teilnehmer, also überwiegend kriegsmüde Heeresangehörige, in die Münchner Kasernenviertel. Ohne großes Zögern laufen die Münchner Garnisonen zu den streikenden Soldaten über. Aus den Kasernen und auch auf den Straßen erhält der Zug der Revolutionäre ständig neuen Zulauf. Ohne irgendwo auf Widerstand zu stoßen, schafft Eisners Gefolgschaft vollendete Tatsachen: Der Umsturz ist – auch ohne Beteiligung der organisierten Arbeiterschaft – geglückt.

„Bayern ist fortan ein Freistaat“

In den folgenden Tagen findet die Aktion große Akzeptanz bei der Münchner Bevölkerung. Selbst Thomas Mann – jeglicher Zuneigung zum revolutionären Lager gewiss unverdächtig – schreibt am 9. November 1918 zufrieden in sein Tagebuch: „Im Übrigen lässt sich alles sehr ordentlich an [...] Freiheit der Person u. Sicherheit des Eigentums wird immer wieder garantiert [...] Überhaupt sehe ich den Ereignissen mit ziemlicher Heiterkeit und einer gewissen Sympathie zu. Die Bereinigung und Erfrischung der politischen Atmosphäre ist schließlich gut und wohltätig.“ (Quelle: Thomas Mann: Tagebücher 1918 – 1921. Frankfurt am Main 2003, S. 64 f.) Grundlage für die anfängliche Zuversicht der Bevölkerung ist Eisners Regierungsprogramm, das er noch in der Nacht vom 7. auf den 8. November 1918 in einem Aufruf „An die Bevölke-

rung Münchens!“ zu Papier bringt. Die darin beschriebenen Eckpunkte beginnen mit der Proklamation eines provisorischen Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrates, der sich in der Nacht zum 8. November im bayerischen Landtag konstituiert hat. Allem voran steht geschrieben: „Bayern ist fortan ein Freistaat. Eine Volksregierung, die von dem Vertrauen der Massen getragen wird, soll unverzüglich eingesetzt werden.“ Weiter heißt es, die demokratische und soziale Republik Bayern habe die moralische Kraft, für Deutschland einen Frieden zu erwirken, der es vor dem Schlimmsten bewahrt. Der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat werde strengste Ordnung sichern, die Sicherheit der Person und des Eigentums werde verbürgt. Ein weiterer Kernsatz lautet: „Wir rechnen auf die schaffende Mithilfe der gesamten Bevölkerung.“ Alles Blutvergießen werde verabscheut. Am Schluss der Appell: „Es lebe die bayerische Republik! Es lebe der Frieden! Es lebe die schaffende Arbeit aller Werktätigen!“

Am Tag nach der Revolution wird der Provisorische Nationalrat einberufen. So nennt sich die Revolutionsregierung, deren Kern die Münchner Räte bilden: „Die oberste Behörde ist der von der Bevölkerung gewählte Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat, der provisorisch eingesetzt ist, bis eine endgültige Volksvertretung geschaffen werden wird. Er hat gesetzgeberische Gewalt.“ Der Schlusssatz zur Proklamation der neuen Bayerischen Regierung lautet unmissverständlich: „Die Dynastie Wittelsbach ist abgesetzt. Hoch die Republik!“ Noch in der Revolutionsnacht hat der letzte bayerische König Ludwig III. mit seinen Familienangehörigen die Münchner Residenz fluchtartig verlassen. Das Ende seines Königtums bedeutet zugleich das Ende einer 1180 begründeten und seither ununterbrochenen Herrschaftsgeschichte der Wittelsbacher in Bayern.

Die Räte als Wegbereiter der Demokratie

Das machtpolitische Potenzial, das Eisner bei der Umsetzung der angestrebten Ziele zur Verfügung steht,



Sitzung des Vollzugsausschusses der Arbeiter- und Soldatenräte Anfang 1919 in München. Von links: Hermann Eisenhut, Heinrich Süß, Georg Kandlbinder, Ernst Niekisch, Joseph Feinhals, Carl Kröppel, Steinmetz, Reuter.

Foto: BSB-Bildarchiv



Kurt Eisner in Begleitung seiner Frau Else und Minister Hans Unterleitner auf dem Weg in den bayerischen Landtag in der Prannerstraße. Postkarte mit Namensaufdruck, Anfang 1919.

Foto: BSB-Bildarchiv

ist bescheiden. So ist er bei der Bildung einer provisorischen Regierung gezwungen, eine Koalition mit der bayerischen MSPD einzugehen. Deren Vorsitzender Erhard Auer wird Innenminister, der sozialdemokratische Bildungspolitiker Johannes Hoffmann wird Kultusminister und stellvertretender Ministerpräsident. Eisner selbst amtiert als erster bayerischer Ministerpräsident und Minister des Äußeren. Über die drängenden Nachkriegsprobleme hinaus versucht die Regierung Eisner der Demokratie im Volksstaat Bayern den Boden zu bereiten. Bevor diese in einer verfassungsgebenden Nationalversammlung verankert werden kann, muss nach Eisners Auffassung aber erst die „Demokratisierung des öffentlichen Geistes wie der öffentlichen Einrichtungen“ hergestellt und gewährleistet sein. Diese Aufgabe weist er den Räten zu, die die Interessen der Gesamtheit der Bevölkerung aufgreifen und durchsetzen sollen. Die Vergesellschaftung der Produktionsmittel, wie sie die marxistischen Gegenspieler Eisners fordern, lehnt Eisner unter dem Eindruck der in der Nachkriegszeit herrschenden Mangelwirtschaft ab: „Man kann nicht sozialisieren, wenn kaum etwas da ist, was zu sozialisieren ist.“ Unbeeindruckt vom russischen Beispiel, wo der unmittelbare Übergang von der Monarchie zum Sozialismus (in bolschewistischer Version) möglich war, bleibt Eisner der Überzeugung, dass zunächst eine bürgerlich-demokratische Staatsverfassung zu verwirklichen sei und „erst auf deren Grundlage zur Verwirklichung des Sozialismus geschritten“ werden könne.

Permanente Demokratie schaffen und wahren

Für Eisner sind die Räte keine Instrumente der „permanenten Revolution“, sondern Gewährträger für die Herstellung einer permanenten Demokratie. In seinem Regierungsprogramm vom 15. November 1918 erwartet Eisner von den Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräten „die rascheste Durchführung nicht nur einer formellen,



Oben: Entsetzte Menschen versammeln sich am 21. Februar 1919 vor dem Landtagsgebäude unmittelbar nach der Ermordung Kurt Eisners.

Repro aus RM

Unten: Trauerzug zum Münchner Ostfriedhof zur Beisetzung Kurt Eisners am 26. Februar 1919. In der Kutsche sitzt (laut Aufschrift) Else Eisner. Foto: BSB-Bildarchiv

Repro aus RM

sondern lebendig tätigen Demokratie“. Auch Beamte, Lehrer, Privatangestellte, Freiberufler, Handwerk, Handel und Industrie sollen in einer Fülle weiterer berufsständischer Rätegremien im Sinne einer „tätigen Demokratisierung des ganzen Volkes“ zusammenwirken und die notwendigen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Reformen herbeiführen. Für die Tätigkeit der Räte reklamiert Eisner eine zeitlich angemessene Übergangsphase. Das Bestreben der Mehrheitssozialisten, der bürgerlichen Parteien und der Presse, möglichst rasch einen Wahltermin für die Nationalversammlungen im Reich und in den Ländern festzulegen, empfindet Eisner „als gezielten Versuch, die revolutionären Kräfte zu entmachten, ehe diese ihr Werk zum Abschluss gebracht“ haben.

„Keine Führer und keine Angeführten“

Eisner will nicht, dass mit frühzeitigen Wahlen die „leere Mühle des bürgerlichen Parlamentarismus“ wieder klappere. Er entwirft ein Gegenmodell zum bürgerlichen Parlamentarismus. Ihm geht es darum, ein Parlament zu schaffen, hinter dem das ganze Volk steht und mitarbeitet. Die Räte bündeln als demokratische Organisationen hinfür Willen und Meinung der Bevölkerung vor einer jeglichen Wahl zur Nationalversammlung. „Die Räte sollen die Schulen der Demokratie werden.“ Nicht auf Marx, sondern auf Kant begründet Eisner sein Räte-system und seine politische Theorie: „Demokratie heißt nicht die Anerkennung des Unverstandes der Massen, sondern Demokratie heißt der Glaube an die Möglichkeit der Vernunft der Massen.“ In der „Selbsttätigkeit der Gesamtheit“ erkennt Eisner „den tiefsten Sinn des Sozialismus“. Seine Hoffnung auf eine rückhaltlose Demokratisierung von Staat und Gesellschaft verknüpft Eisner mit seiner Kritik am „bürgerlichen Parlamentarismus, am Parteien- und Verbandswesen, am Bürokratismus und an der Manipulation der öffentlichen Meinung durch die Presse“. In der von Eisner vorgezeichneten de-

mokratischen Organisation des Gemeinwesens gibt es nach seinen Worten „keine Führer und keine Angeführten, sondern dort lebt die Masse selbst“.

Das Attentat auf Eisner

Man lässt Kurt Eisner nicht die Zeit, sein anspruchsvolles Demokratisierungsprojekt zu verwirklichen. Im Verbund mit den bürgerlichen Parteien setzt der MSPD-Führer Auer durch, dass die Landtagswahlen in Bayern bereits am 12. Januar 1919 stattfinden. Das Wahlergebnis ist ernüchternd für die Revolutionäre. Die USPD erringt nur drei von insgesamt 180 Sitzen im Landtag; Wahlsieger sind die neu gegründete konservative Bayerische Volkspartei (BVP) mit



Zynische Darstellung der führenden Köpfe, die nach der Ermordung Eisners eine neue Räteregierung bildeten, mit der spöttischen Unterschrift versehen: „Die Führer der Münchner ‚Volks-erhebung‘.“ Repro aus RM



Oben: Niederschlagung der Revolution: Gefangengenommene Rotarmisten werden am Max-Joseph-Platz von einer Einwohnerwehr abgeführt. Postkarte Anfang Mai 1919 mit Aufdruck: „Hände hoch!“.
Foto: BSB-Bildarchiv

Unten: Artillerieposten der Regierungstruppen am Münchner Marienplatz. Postkarte Mai 1919. Foto: BSB-Bildarchiv

66 und die MSPD mit 61 Mandaten (Quelle: www.wahlen-in-deutschland.de/wlBayern). Trotz der Übermacht bürgerlich-konservativer politischer Kräfte, die eher auf das Restaurieren und Bewahren eines ständisch-konstitutionellen Parlamentarismus bedacht sind, hält sich Ministerpräsident Eisner mit einem gewaltigen Arbeitspensum noch 40 Tage im Amt. Er beabsichtigt, bei der Neueröffnung des Bayerischen Landtags am 21. Februar 1919 seinen Rücktritt zu erklären. Dazu kommt es nicht mehr. Auf dem Weg in das Landtagsgebäude in der Prannerstraße in München fällt Eisner dem Mordanschlag des monarchistischen Offiziers Anton Graf Arco auf Valley zum Opfer. Zu Fuß unterwegs, nur von seinen engsten Mitarbeitern Felix Fechenbach und Benno Merkle begleitet, strecken ihn zwei Pistolenschüsse, die der 22 Jahre alte, der rechtsradikalen Thule-Gesellschaft nahestehende Attentäter aus dem Hinterhalt abfeuert, auf offener Straße nieder. Die Gewalt eskaliert, als kurz darauf im Sitzungssaal des Landtags der Kommunist Alois Lindner mit Schüssen aus seiner Browning die BVP-Abgeordneten Heinrich Osel und Paul von Jareiß tötet und Innenminister Erhard Auer verletzt, um den toten Eisner zu rächen. Das Blutvergießen, das der Pazifist Eisner verabscheute und unbedingt vermeiden wollte, nimmt seinen Lauf.

Neuer Zentralrat und Landesregierung Hoffmann

Noch am 21. Februar tritt Ernst Niekisch in die politischen Fußstapfen Eisners und übernimmt den Vorsitz in einem neu gebildeten Zentralrat. Die Revolutionsregierung beschließt, Geiseln in Schutzhaft zu nehmen, um weiteren kontrarevolutionären Attentaten vorzubeugen. Für den ermordeten Eisner wird ein letztes Geleit am 26. Februar zum Münchner Ostfriedhof organisiert, an dem unübersehbare Menschenmengen teilnehmen. Gegen wachsenden Widerstand aus dem eigenen Lager befürwortet die Mehrheit der Räte zunächst eine parlamentarische Demokratie unter Beibehaltung des Räte-

systems. Nach wochenlangen chaotischen Verhandlungen eines Rätekongresses mit Vertretern des Landtags einigt man sich knapp einen Monat nach Eisners Ermordung auf eine neue Landesregierung unter dem Vorsitz des Mehrheitssozialdemokraten Johannes Hoffmann. Er gilt als überzeugter Anhänger der uneingeschränkten parlamentarischen Demokratie. In seinem Kabinett bleibt die USPD noch mit zwei Posten vertreten. Im Spannungsfeld zwischen Zentralrat und der demokratischen Regierung entschließt Hoffmann sich Anfang April 1919, den Regierungssitz von München nach Bamberg zu verlegen. Bis zum 16. August 1919 bleibt die oberfränkische Stadt Sitz von Landtag und Regierung.

Die Niederschlagung der Räterepublik

In München ist indessen die Forderung, eine Räterepublik auszurufen, immer lauter geworden. Arbeiter und Soldaten erhöhen den Druck auf der Straße. So kommt es am 7. April 1919 zum Systemwechsel. In München wird die erste Räterepublik ausgerufen, die sich in nur wenigen Tagen aufreißt im Kampf gegen die realen Widrigkeiten des Alltags. Sie beraubt sich mit restriktiven Maßnahmen gegen das Bürgertum ihrer Akzeptanz bei der Bevölkerung und unterliegt schließlich in der ideologischen Auseinandersetzung mit den Kommunisten. Am 14. April übernehmen die aus Russland stammenden Kommunisten Eugen Leviné und Max Levien die Regierungsgewalt in München und rufen die kommunistische Räterepublik aus. Sie diffamieren das von Eisner geschaffene System als „Scheinräterepublik“ und kämpfen um eine Diktatur des Proletariats nach bolschewistischem Vorbild. Mit einer Roten Armee, die aus radikalisierten Arbeiter- und Soldatenkreisen Zulauf findet, aber auch von Intellektuellen wie Ernst Toller und Erich Mühsam aktiv unterstützt wird, zieht die kommunistische Räterepublik in den Bürgerkrieg gegen den Klassenfeind. Anfang Mai 1919 werden die Revo-

lutionstruppen in München von den „Weißen“ – einer Übermacht aus Reichswehreinheiten sowie Freikorps aus Württemberg, Bayern und Preußen – blutig niedergeschlagen. 233 Kämpfer der Roten Armee, 38 Angehörige der Freikorps und mehrere hundert Zivilisten werden getötet. In der von reaktionären Kräften hergestellten „Ordnungszelle Bayern“ werden 2.200 Unterstützer der Räterepublik von Standgerichten zum Tode oder zu Haftstrafen verurteilt.

Eisners Traum von einer permanenten Demokratie im jungen Volksstaat Bayern war mit seinem gewaltsamen Tode ausgeträumt. München, für eine kurze Zeitspanne Metropole der Revolution, wurde unmittelbar danach zum Sammelbecken für rechtskonservative, nationalistische, völkische und antisemitische Gruppierungen. Geblieben ist hundert Jahre danach der von Kurt Eisner ausgerufene „Freistaat“, den die Regierung Hoffmann am 14. August 1919 als Teil des Staatsnamens in der Bayerischen Verfassung verankerte. Während der weißblaue Freistaat heute zum Mythos geworden ist, fällt in weiten Teilen der Bevölkerung eine angemessene Würdigung Kurt Eisners als Wegbereiter der Demokratie in Bayern immer noch schwer.



Briefmarken mit dem Aufdruck „Freistaat Bayern“ auf dem Portrait des letzten bayerischen Königs Ludwig III. wurden ab August 1919 ausgegeben. Die Regierung Eisner hatte die alten Briefmarken zuvor mit dem Staatsnamen „Volksstaat Bayern“ überdrucken lassen.

Foto: Haus der bayerischen Geschichte, Katalog Mythos Bayern

PUCHHEIM UM 1918 – LEBENSWELTEN

Das Kapitel über Kurt Eisner zeigt eindrücklich die Entwicklungen der Jahre während und kurz nach dem Ende des Ersten Weltkriegs. Der Umsturz des politischen Systems prägte die folgenden Jahre. In der Nacht zum 8. November 1918 wurde in einer gewaltlosen Revolution das alte System abgeschafft und der demokratische und soziale Freistaat Bayern ausgerufen. Die großen Ereignisse in München warfen ihre Schatten letzten Endes auch auf Puchheim. Allerdings war das Leben zu dieser Zeit in der Gemeinde eher beschaulich. In diesem Kapitel soll daher ein kurzer Blick auf die Gemeinde Puchheim selbst erfolgen.

Das Leben in Puchheim

Die Ausmaße der Gemeinde waren eher bescheiden: Aus den Ansiedlungen der ersten Mooskolonisten entstand der heutige Ortsteil Puchheim-Bahnhof. Ab 1840 waren die ersten Torfstecher im Moor nordöstlich des Dorfes anzutreffen. Die mühselig gestochenen Soden dienten als Heizmaterial. Erst um 1870 begannen umliegende Bauern Moosflächen zu kultivieren, um Streuwiesen, Grünland und Äcker zu gewinnen.

Der Bahnhofpunkt

Einen Entwicklungsschub erlebte die Ansiedlung, als am 1. Mai 1896 der Bahnhofpunkt für die Münchner Vorortzüge in Richtung Geltendorf eröffnet wurde. 1909 bestand Puchheim aus 62 und das Puchheimer Moos aus 17 Anwesen .

Landwirtschaft und Handwerk

Geprägt wurde die Gemeinde insbesondere in Puchheim-Ort zunächst von der Landwirtschaft. Strenge und lange Winter sowie einfache Maschinen und Geräte erschwer-



Oben: Musterungskandidaten aus Puchheim-Ort im Kriegsjahr 1915.

An der Wand ein Portrait des mit Orden behangenen Siegers von Tannenberg, General Paul von Hindenburg. Foto: Stadtarchiv Puchheim

Unten: Um das Jahr 1917 herum entstand diese Aufnahme vom Wörl-Anwesen „zum Weger“ in der Kirchstraße in Puchheim-Ort.

Foto: Stadtarchiv Puchheim

ten den bäuerlichen Alltag. Aber auch Handwerksbetriebe wie Schreiner, Schmied, Schneider und Schuster waren hier zu finden. Zudem herrschte in der Gemeinde ein einheitlicher Baustil. Die Gebäude waren gemauert, zweistöckig und fast alle mit Fensterläden ausgestattet. Bei bäuerlichen Anwesen fand man Wohnung, Stall und Scheune unter einem Dach. Im Gegensatz zu anderen Regionen waren in Bayern kleine und kleinste Bauernhöfe dominierend. Große Gutshöfe und Junkergüter gab es nicht. Auch die meisten Handwerker besaßen Kleinbetriebe, in denen oft auch die Frauen mitarbeiteten, um die Existenz zu sichern.

Der Flugplatz und das Kriegsgefangenenlager

1910 errichtete die „Akademie für Aviatik“ auf den Mooswiesen in Puchheim-Bahnhof im heutigen Bereich der Bürgermeister-Straßen den ersten Flugplatz in Süddeutschland. Die bis 1914 stattfindenden Flugtage mit bis zu 50.000 Zuschauern machten Puchheim weithin bekannt. Der Beginn des Ersten Weltkriegs brachte das Ende für diesen zivilen Flugplatz und auf dem Gelände wurde ein Kriegsgefangenenlager errichtet. Erst Anfang 1921 wurde das Lager wieder aufgelöst. Die Kriegsgefangenen wurden im Puchheimer Moos und den angrenzenden Gemeinden Alling und Olching wesentlich zu Bau- und Kulturarbeiten, wie Straßen, Brücken und Entwässerungen eingesetzt. Hauptsächlich kamen sie aber in der Landwirtschaft zum Einsatz. Die Bevölkerung im Puchheimer-Moos bzw. um den Bahnhof war trotz Flugplatz und Lager nur wenig gewachsen. Insbesondere Fabrikarbeiter, die zahlreicher wurden, konnten jedoch zunehmend Grund erwerben und Wohngebäude errichten. Immerhin wuchs die Siedlung bis Ende 1934 auf 134 Hausnummern an.

KÖNIG LUDWIG III IN PUCHHEIM

Prinz Ludwig von Bayern, der spätere bayerische König Ludwig III., besuchte am 22. Juni 1907 die Hausmüll-Fabrik der Gemeinde. Festlich empfangen vom damaligen Geschäftsführer der Fabrik, Julius Einhorn, ließ er sich alle Einrichtungen der Fabrik zeigen. Die Puchheimer Hausmüll-Fabrik war damals eine der modernsten Müllrecyclingbetriebe weltweit. Vergleichbare Anlagen gab es nur noch in Budapest und Chicago. 1898 ging auf rund 85 Hektar Puchheimer Grund eine Anlage zur Verwertung des gesamten Münchner Hausmülls in Betrieb. Sie zählt zu den ältesten Anlagen zur Mülltrennung in der Geschichte und bestand ein halbes Jahrhundert. Prinz Ludwig von Bayern hatte großes Interesse an wirtschaftlichen Betrieben und war oft zu Besichtigungen unterwegs. Der Besuch 1907 in Puchheim war eine besondere Ehre.

Ludwig III. König von Bayern war ab 1912 Prinzregent und von 1913 bis 1918 der letzte König von Bayern. Mit seiner Absetzung am 7. November 1918 endete die 738 Jahre währende Herrschaft der Wittelsbacher Dynastie über Bayern.



Wie 1917 16.141
kriegsgefangene
Ausländer im Lager
Puchheim die
Attraktion des Tier-
parks übertreffen.

Zeichnung von
Guido Zingerl, 1995



Postkartenansicht
des Lagers Puchheim,
undatiert.
Aufschrift: „Leben
und Treiben russischer
und französischer
Kriegsgefangenen
[sic!] an der Baracke.“

Repro:
Stadtarchiv Puchheim



PUCHHEIM UM 1918 – DAS KRIEGSGEFANGENENLAGER

Vielen ist Puchheim ein Begriff, weil es hier das erste Flugfeld in Bayern gab. Der Flugbetrieb, der damals noch eine Besonderheit und Attraktion war, wurde nur ein paar Jahre, bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs 1914, aufrechterhalten. Die nachfolgende Einrichtung, die viele Ausflügler, die extra deswegen hierher reisten, ebenfalls für eine Attraktion hielten, thematisiert Guido Zingerl in seiner Grafik „Wie 1917 16.141 kriegsgefangene Ausländer im Lager Puchheim die Attraktion des Tierparks übertreffen“.

Ende des Flugbetriebs

Das bisher dem friedlichen Flugwettbewerb dienende Flugfeld wurde mit Beginn des Ersten Weltkrieges zum Kriegsgefangenenlager erklärt. Das Flugplatzgelände umfasste ca. 250 Tagwerk (ca. 850.000 m²) und war von einer zweieinhalb Meter hohen Eisenbetonmauer umgeben. Die Entscheidung des Kriegsministeriums, in Puchheim ein Kriegsgefangenenlager zu errichten, fiel am 17. Oktober 1914. Am Tag darauf wurden 700 französische Kriegsgefangene in den Hangars untergebracht; 180 Mann Wachpersonal fanden im Restaurationsbetrieb des ehemaligen Flugfelds Unterkunft. Nach und nach wurden 40 Wohnbaracken, 20 Küchenbaracken, Vorratsmagazine, Krankenbaracken, Waschküchen und eine Verkaufsbude gebaut. Zu Kriegsende am 9. November 1918 waren im Lager Puchheim 10.692 Franzosen und 14.072 Russen in Gefangenschaft. 550 Gefangene starben in den Jahren 1915 bis 1919, die meisten von ihnen von November 1918 bis Februar 1919 an der Spanischen Grippe. 321 russische Kriegsgefangene haben auf dem heute noch bestehenden Russenfriedhof in Puchheim ihre letzte Ruhestätte gefunden. Bis 1921 dauerte die Lagerauflösung.

Die Gaffer am Lager

Als zweitgrößtes Kriegsgefangenenlager in Bayern (nach

Grafenwöhr) war Puchheim ab 1915 bis 1918 eine Attraktion für vaterländische Maulhelden, die die gefangenen „Bestien“ – von den deutschen Truppen zusammengedrückt aus Russland, Frankreich, Italien und England – wie exotische Tiere im Zoogehege begafften. Dazu heißt es in einem Bericht des Münchner Wochenblattes vom 1. Juni 1915: „Täglich fahren Hunderte von Schaulustigen nach Puchheim, um dort die Kriegsgefangenen zu sehen. In der letzten Zeit hat der Andrang so zugenommen, dass der Arbeitsdienst der Gefangenen auf der Flugfeldstraße kaum noch aufrechterhalten werden konnte. Um diesen Zuständen ein Ende zu machen, hat das K. Bezirksamt Fürstenfeldbruck durch distriktpolizeiliche Vorschriften die Straße vom Bahnhof Puchheim zum Gefangenenlager für die Zeit von 2 Uhr bis 5 Uhr der Werkstage gesperrt und das Betreten aller an das Gefangenenlager grenzenden Grundstücke verboten.“

Guido Zingerl und das Puchheimer Lager

In seinem Zyklus „Große Amperlandschaft. Erkundungen entlang des Flusses (1995) hat Guido Zingerl diese pervertierte Form des „Mitgefühls“ auf einer Tuschezeichnung festgehalten. Diagonal trennt ein Stacheldrahtzaun die Szenerie. Hüben wilhelminische Patrioten im Schutz der kaiserlichen Infanterie, die schon etliche Blut- und Dreckspritzer abbekommen hat. Die vaterländischen Maulhelden sind umso größer, je weiter entfernt sie von den gefangenen „Bestien“ stehen. Drüben, auf der anderen Seite des Zaunes, erstreckt sich das Barackenlager, in dem die gefangenen Soldaten der Kriegsgegner eingepfercht und tagtäglich zur Zwangsarbeit eingespannt wurden. Vor dem exotischen Anblick einiger dunkelhäutiger Menschen wappnet sich der auffälligste Gaffer mit einem Portrait des adlerhelmbewehrten Kriegskaisers Wilhelm II. vor seinem feisten Wanst.

PUCHHEIM UM 1918 – DIE ERSCHIESSUNG VON KRIEGSGEFANGENEN

Lange nach Ende des Ersten Weltkrieges 1918 gab es im Puchheimer Kriegsgefangenenlager immer noch ehemalige Insassen, die die Heimreise, beispielsweise weil sich ihre eigene Heimat im Umsturz befand, nicht antreten wollten. Es dauerte bis 1921, bis die letzten ehemaligen Kriegsgefangenen das Lager verließen.

Chaotische Zustände

So blieben viele Russen freiwillig im Lager Puchheim, um nicht in die nach der Oktoberrevolution 1917 gebildete Sowjetunion zurückkehren zu müssen. Aber auch das Ende der Monarchie und das Entstehen des Bayerischen Freistaates boten keine Sicherheit. Viele politische Strömungen kämpften um Einfluss bei der Regierungsbildung. Auch einige bewaffnete Gruppierungen und Söldner beteiligten sich an den daraus resultierenden Auseinandersetzungen oder nahmen das Recht selbst in die Hand. Eines der von diesen Truppen begangenen und bis heute ungesühnten Verbrechen thematisiert Guido Zingerl auf einer zweiten Tuschezeichnung aus seinem Bildzyklus „Große Amperlandschaft“ von 1995. Er geißelt hier nicht nur die blutrünstige Grausamkeit eines Söldnerhaufens der „Weißen Truppe“ (Regierungstruppen), sondern auch die Tatsache, dass das dargestellte Verbrechen keine Folgen nach sich zog.

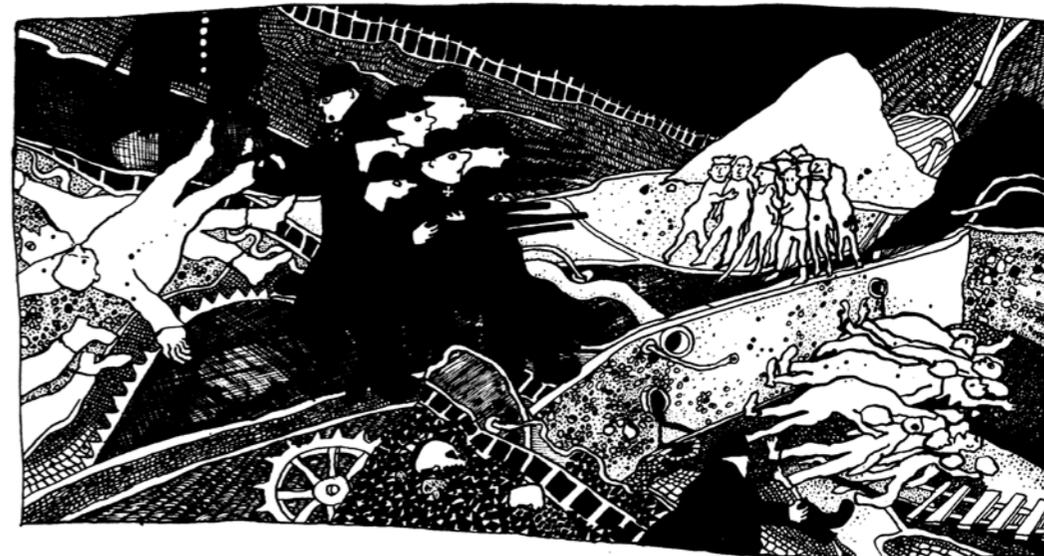
Historische Tatsachen

Den historischen Hintergrund schilderte Klaus Wollenberg in dem 1992 herausgegebenen Nachschlagewerk

„Der Landkreis Fürstfeldbruck“ (S. 225): Hiernach nahm am 1. Mai 1919 eine Vorhut der württembergischen Truppen des Major Graeter am Bahnhof Pasing 53 aus dem Kriegsgefangenenlager Puchheim stammende, unbewaffnete Russen widerstandslos fest. Nach dem Friedensschluss von Brest-Litowsk waren die Russen keine Kriegsgefangenen mehr, sondern Internierte, die freiwillig in Deutschland blieben, weil sie die Folgen der Oktoberrevolution in ihrer Heimat fürchteten.

Ein Verbrechen ohne Sühne

Die 53 Russen waren tags zuvor nach München gefahren, um dort ihren Lohn in Empfang zu nehmen, und wollten gemeinsam über Pasing wieder nach Puchheim zurückkehren. Sie wurden nach ihrer Gefangennahme in Pasing nach Lochham gebracht, dort verhört, misshandelt und in das örtliche Feuerwehrhaus eingesperrt; dabei wurde ein Gefangener erschossen. Die 52 anderen wurden von dem württembergischen Haufen nach Gräfelfing verschleppt und von einem illegalen Standgericht zum Tod verurteilt. „Am Morgen des 2. Mai 1919 wurden die Gefangenen in einer Kiesgrube außerhalb Gräfelfings gruppenweise erschossen und in einem Massengrab auf dem dortigen Friedhof beerdigt.“ Den Vorsitz des unbefugten Feldgerichts hatte Hauptmann Strölin eingenommen; das formal gegen ihn eingeleitete Ermittlungsverfahren wurde 1920 eingestellt. Später in der NS-Zeit machte Ströllin als Bürgermeister von Stuttgart Karriere.



Wie 1919 die weißen Truppen 53 wehrlose russische Kriegsgefangene aus dem Lager Puchheim mißhandeln und am 2. Mai grundlos erschießen. Zeichnung von Guido Zingerl, 1995



Frühe Foto-Ansicht des Kriegsgefangenen-Friedhofs an der Lagerstraße in Puchheim. Foto: Stadtarchiv Puchheim

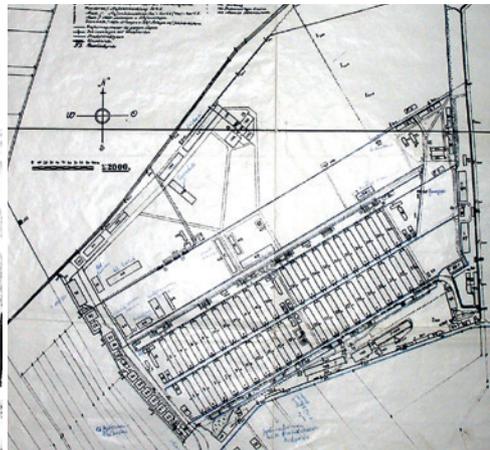


Stadt Puchheim
Poststraße 2
82178 Puchheim
www.puchheim.de

Am 21. Februar 1919 fiel der bayerische Ministerpräsident Kurt Eisner einem Mordanschlag zum Opfer. Auf dem Weg zur Eröffnung des neu konstituierten Bayerischen Landtags wurde Eisner von dem 22 Jahre alten Leutnant Anton Graf von Arco auf Valley, einem Studenten völkisch-nationalistischer Gesinnung, in der Promenadestraße (heute Kardinal-Faulhaber-Straße) mit zwei Pistolenschüssen in Kopf und Rücken niedergestreckt. Selbst hundert Jahre nach dieser Tat löst der Name Eisner immer noch heftige Emotionen aus. So ist bis heute noch nicht ausdebattiert, „ob Eisner als Vater des ‚Freistaats‘ Bayern betrachtet werden muss oder ob er lediglich einen „Volksstaat‘ begründet habe“ (Bernhard Grau: Kurt Eisner 1867-1919. Eine Biographie. München 2001. S. 9). Erst in jüngster Zeit reift die Erkenntnis, dass Bayerns erster Ministerpräsident eher dem philosophischen Idealismus Immanuel Kants als der kommunistischen Ideologie Karl Marx‘ zugetan war. Nicht die permanente Revolution, wie Marx und Leo Trotzki sie ausriefen, sondern die „permanente Demokratie“ leitete Eisners Denken und Handeln als Mensch und Politiker.



Ausgangspunkt der Revolution



Lageplan des Lagers in Puchheim



Der spätere König Ludwig III in Puchheim